

Wie kann die Welt vor siebzig Millionen Deutschen in Sicherheit leben?« Diese Frage stellte der britische Staatsminister Anthony Nutting in einem geheimen Strategiepapier 1954. Sie war nicht nur Anfang der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts relevant, als Deutschland bereits gespalten war, sondern bestimmte von Beginn an die Nachkriegsplanungen der Alliierten, die bereits 1941 begonnen hatten. Die Frage lautete: Wie war dieses Ziel zu erreichen?

Einig waren sich die Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition (Großbritannien, die USA und die UdSSR) darin, Deutschland und die Deutschen zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und zu »demokratisieren«. Aber sollte Deutschland als Einheit erhalten bleiben oder besser in unabhängige Einzelstaaten »zerstückelt« oder gar in einen »Agrarstaat« zurückverwandelt werden, wie es der nach seinem Verfasser, dem amerikanischen Finanzminister Henry M. Morgenthau, benannte Plan des US-Finanzministeriums aus dem Jahr 1944 vorsah?

Für die Zeit der Besatzung wurde Deutschland zunächst, wie auf der Konferenz von Jalta (4.–11. Februar 1945) beschlossen, in Zonen eingeteilt. Anglo-Amerikaner und Sowjets waren sich bei Kriegsende einig darin, dass das, was von Deutschland noch übrig war, als Einheit behandelt und gemeinsam verwaltet werden sollte. Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 demonstrierten Amerikaner, Sowjets und Briten noch einmal Geschlossenheit und Einheit, obwohl diese Einheit bereits brüchig war. Schon bald wurde deutlich, dass angesichts der französischen Blockadepolitik hinsichtlich gesamtdeutscher Institutionen und dann vor allem der sowjetischen Politik und der damit verbundenen Angst vor der »russischen Gefahr« der Weg Deutschlands in die Teilung führte. Britische und amerikanische Zone wurden Anfang 1947 zur »Bizone« zusammengelegt.

Im selben Jahr brach der Kalte Krieg offen aus; Truman-Doktrin und Marshall-Plan sind hier die wichtigsten Stichworte. US-Präsident Harry S. Truman hielt am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses jene Rede, die als Truman-Doktrin in die Geschichte des Ost-West-Konfliktes eingegangen ist: das Angebot der USA, »die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder dem Druck von außen widersetzen«. Am 5. Juni hielt US-Außenminister George C. Marshall an der Harvard-Universität eine entsprechende Rede, in der er umfassende amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa anbot. Damit begann eine neue Phase in den Ost-West-Beziehungen. Auf deutscher Seite wurde dafür die gescheiterte gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München im Juni 1947 zu einem Symbol. Nach mehrstündigen Beratungen verließen die ostzonalen Regierungschefs zu nächstlicher Stunde die Konferenz. Der Kommentar des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard lautete: »Dieser Vorfall bedeutet die Spaltung Deutschlands.«

Im Dezember 1947 scheiterte die Außenministerkonferenz in London. Der sowjetische Außenminister Molotow forderte erneut zehn Milliarden Dollar Reparationen und eine Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr. Die Westalliierten lehnten ab. Man hatte sich nichts mehr zu sagen. Schon Anfang März 1948, gut drei Monate nach der ergebnislosen Londoner Konferenz, einigten sich die drei Westalliierten mit den Benelux-Ländern im Prinzip darauf, einen westdeutschen Staat zu gründen, der an der Gemeinschaft der freien Völker beteiligt werden sollte.

Vertreter der sechs Mächte verständigten sich am 1. Juni 1948 auf die sogenannten Londoner Empfehlungen für das weitere Vorgehen in Deutschland. Der wichtigste Punkt: Die westdeutschen Ministerpräsidenten sollten eine Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einberufen. Am 1. Juli 1948 wurden sie von den westlichen Militärgouverneuren in Frankfurt am Main entsprechend informiert. Nach anfänglichem Zögern stimmten die Ministerpräsidenten zu. Um aber das Provisorische des künftigen Staates zu betonen, sollte die Verfassung »Grundgesetz – vorläufige Verfassung« und die Verfassungge-

bende Versammlung »Parlamentarischer Rat« genannt werden. Trotz aller Bedenken hatten die Ministerpräsidenten damit den Plänen der Alliierten zugestimmt und den Weg zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland beschritten. Die Landtage in den westlichen Besatzungszonen bestellten daraufhin 65 Mitglieder des am 1. September 1948 nach Bonn einberufenen Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz ausarbeitete. Im Mai 1949 trat es in Kraft.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg war die im Juni 1948 von den Westmächten durchgeführte Währungsreform in den Westzonen, auf die die Sowjetunion mit der Totalblockade West-Berlins reagierte. Diese Blockade war wohl einer der schwersten Fehler der sowjetischen Politik in Deutschland nach 1945. Die Westmächte organisierten eine Luftbrücke zur Versorgung Berlins, die zu einem durchschlagenden Erfolg wurde. Wer damals im Westen noch Zweifel an der Richtigkeit des anglo-amerikanischen Kurses hatte, dem wurden diese jetzt durch die Brutalität der Blockade genommen. Bei der Abwehr der sowjetischen Erpressung fühlten sich Westdeutsche, Westberliner und Westalliierte zum ersten Mal seit 1945 als Verbündete. Am Ende standen die Bundestagswahl 1949 und die Gründung von Bundesrepublik und DDR.

Diese Entwicklung hatten viele Deutsche nicht vorhergesehen. Die Empfindungen bei Kriegsende waren unterschiedlich: Die einen fühlten sich besiegt, die anderen befreit, aber allen gemeinsam war die Erleichterung, dass der Krieg zu Ende war, dass man überlebt hatte und nun irgendwie neu anfangen konnte.

Bestimmend dabei waren vielfach die Besatzungsmächte. Und dabei gab es die unterschiedlichsten Erfahrungen. Das markanteste Erlebnis in der Westzone war ganz offensichtlich die Währungsreform und dann die Entwicklung hin zur Bundesrepublik, während in der Ostzone eine Entwicklung der Unfreiheit einsetzte, die viele Menschen schon bald zur Flucht in den Westen veranlasste.

Nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag wurde Konrad Adenauer mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanz-

ler gewählt und bildete eine kleine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP. In den folgenden Jahren forcierte er mit seiner Politik die wirtschaftliche, politische und dann auch militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen. Diesem Ziel wurde alles andere untergeordnet. Der Koreakrieg von 1950 bis 1953 führte zu einer Verschärfung des Kalten Krieges, eine Entwicklung, die Adenauer nutzte, um im Verbund mit einer möglichen Aussöhnung mit Frankreich die deutsche Wiederbewaffnung voranzutreiben. Frankreich wiederum forcierte die wirtschaftliche Integration, mit der gleichzeitig auch die Bundesrepublik kontrolliert werden sollte. Im Zentrum dieser Politik stand zum einen der nach dem französischen Außenminister Robert Schuman benannte Plan vom Mai 1950, aus dem die Montanunion hervorging und der den ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Integration Europas darstellte, zum anderen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, in welche die Bundesrepublik ihre Soldaten einbringen sollte. Mit diesen Schritten zur Westintegration der Bundesrepublik verbunden war ein ungeahnter Wirtschaftsboom, während zugleich Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die junge westdeutsche Demokratie integriert wurden – eine der ganz großen Leistungen dieser ersten Jahre.

Gegenüber diesen wirtschaftlichen und militärischen Weichenstellungen genoss die Wiedervereinigung bei Adenauer keine Priorität. Das wird bei der sogenannten Stalin-Note besonders deutlich. Die sowjetische Regierung bot im März 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung an, dass dieses wiedervereinigte Deutschland militärisch neutral sein sollte. Für Adenauer war dies keine Alternative zu seiner Politik der Westintegration; von daher wurde diese Note auch nicht »ausgelotet«. Ob es im anderen Fall tatsächlich zu einer Wiedervereinigung gekommen wäre, bleibt daher bis heute Spekulation. Tatsache ist, dass diese Note und der sich daran anschließende Notenwechsel schon bei den Zeitgenossen zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führte; jahrzehntelang waren sie Gegenstand heftiger Kontroversen, was nicht verwundert, ging es doch letztlich um die Frage, wer für die fort dau-

ernde Spaltung des Landes verantwortlich war. Für die einen bot die Stalin-Note die Chance zur Wiedervereinigung, die verpasst wurde, und man bedauerte, dass Stalin nicht gezwungen worden war, seine Karten auf den Tisch zu legen. Für die anderen war die Note nur ein Täuschungsmanöver der Sowjets.

Noch im selben Jahr verkündete Walter Ulbricht in der DDR den »Aufbau des Sozialismus«, der die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Struktur in der DDR vorsah. Es wurden zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, die den Alltag veränderten und mit denen der sogenannte Klassenkampf verschärft wurde. Am 17. Juni 1953 kam es zum Aufstand in der DDR. Was in Berlin begann, wurde zu einem Volksaufstand fast in der gesamten DDR gegen das SED-Regime, der dann von sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde. Die Frage bleibt – und wäre zu diskutieren –, ob es damals Chancen für eine Wiedervereinigung gegeben hat.

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte im Sommer 1954 am Veto Frankreichs. Einen Ersatz boten relativ schnell die sogenannten Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954: Das Besatzungsstatut für Westdeutschland wurde aufgehoben und der Bundesrepublik Deutschland eine nationale Armee zugestanden; gleichzeitig wurde sie Mitglied der NATO, in die die deutschen Truppen eingegliedert wurden.

Im September 1955 reiste Konrad Adenauer nach Moskau. Als Ergebnis der Verhandlungen kamen die letzten deutschen, die »10 000«, Kriegsgefangenen frei – ein Ereignis, das noch zwölf Jahre später, im Mai 1967, kurz nach dem Tode Adenauers, von 75 Prozent der befragten Deutschen als bedeutendste Tat des ersten Bundeskanzlers gewertet wurde.

Ein weiteres wichtiges Ereignis während der zweiten Kanzlerschaft Adenauers waren die sogenannten Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet wurden. Mit ihnen erhielt Europa »einen organisatorischen Kern, der zur Grundlage der weiteren Entwicklung in Europa dienen sollte«. Adenauer äußerte sich dazu folgendermaßen: »Man könne sehr schwer geschichtliche Urteile aussprechen, wenn alles noch in Bewe-

gung sei, aber vielleicht ist dieser Zusammenschluss das wichtigste Ereignis der Nachkriegszeit.« Zu den wichtigsten innenpolitischen Entscheidungen gehörte zweifelsohne die Rentenreform, die auch mit Blick auf die Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag beschlossen wurde und deutlich machte, dass Adenauer auch ein großer Innenpolitiker war. Mit dem neuen Gesetz wurde die Kapitaldeckung in der Rentenversicherung abgeschafft, und die Renten wurden an das Wachstum der Löhne gekoppelt. Was damals als Jahrhundertwerk gepriesen wurde – wobei es allerdings auch kritische Stimmen gab –, erwies sich später als kardinale Fehlentscheidung. Mit dieser dynamischen Rente schossen in den folgenden Jahren die gesamten Sozialausgaben in kaum finanzierbare Höhen – bis heute.

Am 15. September 1957 fand die Bundestagswahl statt, bei der die CDU/CSU die absolute Mehrheit erreichte. Die SPD erlitt eine vernichtende Niederlage, die zu einem Umdenken innerhalb der Partei führte, an dessen Ende das Godesberger Programm stand, in dem die SPD sich vom traditionell-sozialistischen Gedankengut in der Wirtschaftspolitik verabschiedete und sich zur sozialen Marktwirtschaft bekannte. Damit wurde der Weg von der Klassenpartei zur Volkspartei beschritten.

In Bonn bestimmten der Aufbau der Bundeswehr und die mögliche atomare Bewaffnung der Armee das politische Geschehen. Es ging vordringlich darum, die Verpflichtungen gegenüber den NATO-Verbündeten zu erfüllen, nämlich innerhalb von drei Jahren eine Armee von 500 000 Soldaten aufzustellen. Am 22. Oktober 1957 wurde Adenauer erneut zum Kanzler gewählt.

Damals ging es um die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, die der Bundestag im März 1958 mit großer Mehrheit beschloss. In Schweigemärschen, durch Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen wurde massiv gegen diese Politik protestiert. Unter dem Motto »Kampf dem Atomtod« traten im März rund zehntausend Arbeiter der Volkswagenwerke in den Streik. Am 7. April 1958, Ostermontag, gab es eine Premiere: In London wurde der erste Ostermarsch gegen die nukleare Aufrüstung durchgeführt. Am selben Tag unterzeichneten die Verteidigungsminister Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik unter

strengster Geheimhaltung ein Protokoll, in dem der Bau einer gemeinsamen Atombombe vereinbart wurde. Daraus wurde dann allerdings nichts: Der neue französische Ministerpräsident, General Charles de Gaulle, stoppte das Unternehmen sofort. Dennoch bestand weiterhin die Möglichkeit, dass die Bundeswehr mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet wurde. Die Bundesregierung beschloss jedenfalls im Oktober 1958, den damals modernsten amerikanischen Jagdbomber, den Starfighter F 104 G, anzuschaffen, der, mit Atombomben bestückt, im Ernstfall weit in die Sowjetunion hineinfliegen konnte.

Der Beschluss war kaum gefasst, da löste der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow im November 1958 eine neue Berlinkrise aus. Die Sowjets forderten den Abzug der Westmächte aus West-Berlin und die Umwandlung der Stadt in eine sogenannte Freie Stadt. Diese Krise erreichte ihren Höhepunkt im August 1961 mit dem Bau der Mauer in Berlin. Im Anschluss an den Mauerbau wurde von den Amerikanern massiver Druck auf Adenauer ausgeübt, bislang bestimmende Positionen – Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie etc. – aufzugeben. Dieser Druck führte letztlich zu Adenauers Umorientierung hin zu Frankreichs Staatspräsident de Gaulle. Das Ergebnis war der Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Januar 1963, in dem es um die Versöhnung der beiden Völker, um das Ende einer jahrhundertealten Rivalität, um Zusammenarbeit in der Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ging. Es wurden regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie weitere Zusammenkünfte in anderen Bereichen – Verteidigung, Erziehung, Jugendfragen – und eine Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung vereinbart.

Die deutsch-französische Annäherung führte zu einer schweren Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Kennedys Besuch im Sommer 1963 in Berlin konnte nur ansatzweise darüber hinwegtäuschen, dass eine mögliche Wiedervereinigung nicht mehr im Interesse des Westens lag. Hier mussten die Deutschen selbst aktiv werden. Am Anfang dieser Bemühungen stand die berühmte Rede von Egon Bahr in Tutzing, in der erst-

mals von einem »Wandel durch Annäherung« gesprochen wurde, das heißt, hier wurde ein neues Verhältnis im Umgang mit der DDR gefordert.

Nach der Bundestagswahl vom 17. September 1961 konnte Adenauer noch einmal eine Regierung bilden, allerdings war es eine Regierung mit Verfallsdatum; die FDP machte den frühzeitigen Rücktritt Adenauers zur Bedingung für eine Koalition. Die neue Regierung wurde von Krisen geschüttelt, deren schwerwiegendste die sogenannte *Spiegel*-Affäre vom Oktober 1962 war. Das Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hatte einen Artikel über ein NATO-Manöver veröffentlicht, worauf Redaktionsräume durchsucht und Journalisten verhaftet wurden. Als Reaktion darauf traten zunächst die fünf FDP-Mitglieder der Koalitionsregierung und schließlich Franz Josef Strauß vom Amt des Verteidigungsministers zurück. Was seine Beteiligung an der Aktion betraf, hatte Strauß im Bundestag die Unwahrheit gesagt.

Am 14. Dezember 1962 stand die neue Regierung; Strauß gehörte ihr nicht mehr an. Adenauer kündigte den Rücktritt vom Kanzleramt für den Herbst des Jahres 1963 an. Die *Spiegel*-Affäre hatte damit das Ende der Ära Adenauer zwar nicht herbeigeführt, wohl aber beschleunigt und mit einem präzisen Datum versehen. Am 11. Oktober 1963 erklärte Adenauer zum 15. Oktober seinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers. Am 16. Oktober wählte der Bundestag den bisherigen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard zum neuen Bundeskanzler. Damit endete eine Ära in der Geschichte Deutschlands, die verdientermaßen den Namen des ersten Kanzlers trägt.